

Deutschland-Elmshorn: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen**OJ S 58/2023 22/03/2023****Auftragsbekanntmachung****Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Regio Kliniken GmbH

Postanschrift: Ramskamp 71-75

Ort: Elmshorn

NUTS-Code: DEF09 Pinneberg

Postleitzahl: 25337

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): ZIRNGIBL Rechtsanwälte Partnerschaft mbB

E-Mail: vergabestelle@zirngibl.de**Internet-Adresse(n):**Hauptadresse: <https://zirngibl.de/>**I.2. Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YFK6NCZ/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YFK6NCZ>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: juristische Person des privaten Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand**II.1. Umfang der Beschaffung****II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Regio Kliniken GmbH Erwachsenenpsychiatrie - Objektplanung

Referenznummer der Bekanntmachung: 01/23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Regio Kliniken GmbH beabsichtigt, einen Umbau und einen Erweiterungsbau der Erwachsenenpsychiatrie im Erdgeschoss der Klinik, sowie einen Umbau im ersten Obergeschoss.

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens ist die Beschaffung von Objektplanungsleistungen für das o.g. Objekt am Standort Elmshorn gemäß HOAI, §§ 33 ff., Anlage 10, Leistungsphasen 4 - 8. Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEF09 Pinneberg

Hauptort der Ausführung: Regio Kliniken GmbH Agnes-Karll-Allee 17 25337 Elmshorn

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens ist die Beschaffung von Tragwerksplanungsleistungen für das o.g. Objekt am Standort Elmshorn gemäß HOAI, §§ 33 ff., Anlage 10, Leistungsphasen 4 - 8. Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

Die Leistungsphase 3 der HOAI wird zum Zeitpunkt der Beauftragung abgeschlossen sein. Die entsprechenden Unterlagen werden dem Auftragnehmer nach Abschluss des Vertrags zur Verfügung gestellt werden.

Mit Vertragsabschluss werden dem Auftragnehmer zunächst die Leistungsphasen 4 - 6 übertragen. Die Beauftragung der weiteren Leistungsphasen erfolgt optional.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 02/05/2023 Ende: 31/12/2027

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Anzahl der Referenzen des Bewerbers über mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbare Leistungen gem. Ziff. III.1.3) Nr. 3 (Unternehmensreferenzen).

An die Referenzen werden folgende Anforderungen gestellt:

Die Referenzen müssen vergleichbar sein. Als vergleichbare Leistungen gelten Leistungen im Bereich

Tragwerksplanung gemäß HOAI, §§ 33 ff., Anlage 10, Leistungsphasen 4 - 9 bezüglich Einzelobjekten mit Bauwerkskosten von mind. 1.500.000 EUR netto (DIN 276 KG 300-400), die mindestens vier zusammenhängende Leistungsphasen umfassen; Die Referenzprojekte müssen während der letzten drei Jahre, gerechnet vom Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge, begonnen oder abgeschlossen worden sein. Zum Referenznachweis ist eine aussagekräftige Kurzdarstellung für jede Referenz auf eigener Unterlage (jeweils maximal 2 DIN A4-Seiten) sowie ein Referenzformblatt (s. Vergabeunterlagen) einzureichen. Die Darstellung muss jeweils folgende Angaben enthalten:

- Angabe des Auftraggebers unter namentlicher Nennung eines Ansprechpartners mit Telefonnummer und/oder E-Mail-Adresse,
- Angabe des Beginns und der Fertigstellung der erbrachten Leistungen,
- Kurzbeschreibung der vom Bewerber erbrachten Leistungen
- Angabe der Bauwerkskosten einschließlich der Kostengruppen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Eigenerklärung zum Umsatz mit vergleichbaren Planungsleistungen (gerundet auf volle 100 000 EUR) des Bewerbers der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2020 - 2022). Der vorzuweisende Mindestumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre muss für die unter Ziffer II.2.4 genannten Planungsleistungen im Durchschnitt pro Jahr 100 000 EUR netto betragen.
2. Nachweis des Bestehens einer Berufshaftpflichtversicherung eines Versicherers mit einer Versicherungssumme von mind. 1 500 000 EUR für Personenschäden und mind. 2 000 000 EUR für sonstige Schäden je Schadensfall, zweifach maximiert im Versicherungsjahr (Kopie ausreichend). Der Nachweis darf nicht älter als sechs Monate (Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags) sein oder/und muss einen Versicherungsschutz mindestens bis zum 31.12.2023 nachweisen. Ausreichend ist auch der Nachweis einer unwiderruflichen Deckungszusage eines Versicherers (nicht Maklers), dass im Auftragsfall eine Versicherung mit den oben genannten Mindestsummen und der genannten Maximierung geschlossen werden wird (Kopie ausreichend).

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Eigenerklärung zur Anzahl der durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2020 - 2022).
2. Eigenerklärungen zum Nachweis der erforderlichen Erfahrung:

Auflistung der Referenzen des Bewerbers für vergleichbare Leistungen. Es ist mindestens eine Referenz einzureichen. Die Referenzdarstellung muss für jede Referenz auf max. 1 DIN A4-Seite erfolgen und jeweils mindestens folgende Angaben enthalten:

- a) Angabe des Auftraggebers unter namentlicher Nennung eines Ansprechpartners mit Telefonnummer;
- b) Angabe des Beginns und der Fertigstellung der Planungsleistungen (Ausführungszeitraum, Abschluss Leistungsphase 8);
- c) Kurzbeschreibung der vom Bewerber erbrachten Leistungen, die folgende Mindestkriterien erfüllen: Objektplanungsleistungen für Gebäude und Innenräume mind. der Honorarzone III, die mindestens die Leistungsphasen 5-8 umfassen, addierte anrechenbare Baukosten der KGR 300 und 400 (mit Ausnahme der 460) der DIN 276 von mind. 2 Mio. EUR bis max. 6 Mio. EUR;
- d) Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, werden Referenzen über Leistungen, die während der letzten drei Jahre, gerechnet vom Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge erbracht worden sind, berücksichtigt. Die Leistungen bis zum Abschluss der Leistungsphase 8 müssen innerhalb dieses Zeitraums beendet worden sein (Beginn kann außerhalb der 3- Jahresfrist liegen).

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 17/04/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

A. Zum Beleg des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen haben die Bewerber Eigenerklärungen darüber einzureichen, dass Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4

GWB, nach §§ 21 Abs. 1 und Abs. 3 i. V. m. § 23 Abs. 2 und Abs. 3 AEntG, nach §§ 19 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m. § 21 MiLoG und nach §21 Schwarz ArbG nicht vorliegen, sollten Ausschlussgründe bestehen, die in § 124 GWB genannt sind, haben Bewerber Angaben zu den Hintergründen dieser Ausschlussgründe zu machen;

B. Die Vergabeunterlagen stehen ausschließlich zum kostenlosen Download auf dem Deutschen Vergabeportal unter www.dtv.de zur Verfügung. Das Projekt kann über die Suchfunktion gefunden und die Unterlagen heruntergeladen werden. Auch alle weiteren verfahrensrelevanten Informationen werden ausschließlich über die Vergabeplattform bereitgestellt. Die Unternehmen werden hierüber nur gesondert informiert, wenn Sie sie sich unter Angabe einer E-Mail-Adresse bei der Vergabeplattform freiwillig registrieren. Anderenfalls obliegt es den Unternehmen selbst, regelmäßig zu prüfen, ob auf der Vergabeplattform neue Informationen zum Verfahren bereitstehen.

C. Für die Erstellung des Angebotes sind die in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter zur Eignung und zu den Referenzangaben gem. Ziff. III.1.3) 3. zu verwenden. Neben dem Formblatt bezüglich der nachzuweisenden Referenzen gem. Ziff. III. 1.3) 3. haben die Bieter zusätzlich eine Referenzdarstellung auf eigener Unterlage (max. 1 DIN A4-Seite pro Referenz) einzureichen.

D. Die zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen sind durch die Unternehmen umgehend auf Vollständigkeit, Widerspruchsfreiheit und eventuelle Unklarheiten zu prüfen. Fragen und Anmerkungen sind umgehend und ausschließlich über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform zu stellen (durch Hinterlassen von Nachrichten im Projektraum). Die Vergabestelle wird die Fragen und die Antworten darauf in anonymisierter Form allen Bietern zur Verfügung stellen (ebenfalls über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform). Die Vergabestelle behält sich vor, nur Anfragen zu beantworten, die bis zum 11.04.2023 gestellt wurden.;

E. Sofern sich Bewerbungsgemeinschaften bewerben, ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft unterzeichnete Bewerbungsgemeinschaftserklärung vorzulegen, in der ein bevollmächtigter Vertreter benannt wird und die gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder im Auftragsfall erklärt wird. Die unter Ziff. III.1.2) 2. und Ziff. VI.3) A. genannten Eigenerklärungen sind in diesem Fall von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Die Eignung der Mitglieder einer ordnungsgemäß teilnehmenden Bewerbungsgemeinschaft (Referenzen, Umsatzzahlen etc.) wird kumulativ berücksichtigt;

F. Sofern sich der Bewerber auf die Eignung (Referenzen, Umsatzzahlen etc.) von Dritten (Gesellschafter, verbundene Unternehmen, sonstige Unternehmen usw.) stützt, sind mit dem Teilnahmeantrag eine Verpflichtungserklärung des Dritten oder ein ähnlicher Nachweis der Verfügbarkeit und die unter Ziff. VI.3) A. genannten Eigenerklärungen bezogen auf den Dritten sowie die weiteren Erklärungen und Nachweise (Referenzen, Umsatzzahlen etc.) des Dritten, die dem Bewerber für die Eignungsprüfung zugerechnet werden sollen, vorzulegen. Die Eignung ordnungsgemäß eingebundener Drittunternehmen (Referenzen, Umsatzzahlen etc.) wirkt für den Bewerber kumulativ. Mit der Verpflichtungserklärung hat sich das Drittunternehmen gegenüber dem Bewerber zu verpflichten, ihm seine Ressourcen (Leistungen und/oder Mittel) im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen.
Bekanntmachungs-ID: CXP4YFK6NCZ

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Ort: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +49 431988-4640

Fax: +49 431988-4702

Internet-Adresse: <https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/Themen/Wirtschaft/Vergabekammer/vergabekammer.html>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es wird hiermit darauf hingewiesen, dass sämtliche Fristen für die Erhebung von vergaberechtlichen Rügen gegenüber dem Auftraggeber und die Fristen für die Wahrung der Zulässigkeit eines Nachprüfungsverfahrens zu beachten sind. Aufgrund der Zeichenbegrenzung im Bekanntmachungsformular gelten hinsichtlich des genauen Wortlauts die vorbenannten gesetzlichen Regelungen. Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf folgende Rechtsvorschriften verwiesen:

- § 134 GWB Nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote, insbesondere § 134 Abs. 2 GWB: "Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach den Sätzen 1 und 2 geschlossen werden. Wird die Information per Telefax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch den öffentlichen Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bewerber oder Bieter kommt es nicht an." - § 135 GWB Unwirksamkeit;
- § 160 GWB Einleitung, Antrag: "(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:
1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind."

Es wird hiermit darauf hingewiesen, dass sämtliche vorgenannten Fristen für die Erhebung von vergaberechtlichen Rügen gegenüber dem Auftraggeber und die Fristen für die Wahrung der Zulässigkeit eines Nachprüfungsverfahrens zu beachten sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

17/03/2023